

## »Strategie Zukunft – Gemeinsam für ein gutes Leben«

### Krisenverursacher müssen zahlen – Chancen für die Jugend – Sozialstaat stärken

Eine **gerechte Verteilung der Krisenlasten** verlangt, dass die Verursacher der Krise zur Bewältigung der entstandenen Lasten herangezogen werden. Gerecht bedeutet, dass Besitzer hoher Vermögen und Bezieher hoher Einkommen ihren Beitrag leisten. Ungerecht ist, dass Arbeitslose, Alleinerziehende und Hartz IV-EmpfängerInnen abgestraft werden. Falsch ist, dass durch Sparprogramme öffentliche Investitionen gekürzt werden und Massenkaukraft entzogen wird. Das bremst den Aufschwung und gefährdet nachhaltiges Wachstum. Deshalb fordern wir statt des vorliegenden Sparpakets:

- Einen nationalen Lastenausgleich, durch den die Lasten der Krise mit einer Abgabe auf Vermögen abgetragen werden.
- Eine stärkere Besteuerung hoher Einkünfte, um Zukunftsaufgaben wie Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform, um die Einnahmehasis der Kommunen zu stärken.

Um die **Chancen für die Jugend** zu verbessern, muss zusätzlich in das Bildungssystem und ausreichend Ausbildungsplätze investiert werden. Junge Menschen und Familien brauchen eine Zukunftsperspektive durch sichere Beschäftigung. Befristung, Leiharbeit, Praktika und andere Formen prekärer Beschäftigung verhindern dies. Notwendig ist auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weichenstellungen sind jetzt zu treffen, um morgen die dringend notwendigen Fachkräfte zu haben. Deshalb fordern wir:

- Mehr Investitionen in das Bildungssystem. Statt Selektion, ein massiver Ausbau individueller Betreuung und Förderung, beginnend mit der frühkindlichen Betreuung. Ein Anspruch auf Ganztagesbetreuung durch qualifiziertes Personal ist durchgängig zu gewährleisten. Weg mit den Studiengebühren!
- Jeder Jugendliche hat Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung. Wer nicht ausbildet muss zahlen! Übernahme ist Pflicht!
- Schluss mit der Deregulierung des Arbeitsmarkts! Leiharbeit muss verhindert, zumindest begrenzt und gestaltet werden. Wir fordern die gesetzliche Durchsetzung des Grundsatzes: „Gleiche Arbeit – gleiches Entgelt“!

Der Sozialstaat ist Grundlage einer Demokratie, die auf gleichen Chancen für alle basiert. Deshalb kämpfen wir für die **Stärkung des Sozialstaats**. Ein moderner Sozialstaat ist nicht Fürsorgestaat, sondern aktiver Förderer gleicher Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordern wir:

- Paritätische Finanzierung der Sozialversicherung. Bürgerversicherung statt Kopfpauschale!
- Die Rente muss für ein würdiges Leben im Ruhestand reichen. Weg mit der Rente mit 67!

Wir werden im Herbst 2010 für diese Ziele angesichts der anstehenden politischen Entscheidungen mobilisieren. Wir tun dies in drei Etappen:

- 22. September: **Große Funktionärskonferenz in Sindelfingen**
- Oktober – November: **Informationen und Aktionen vor Ort, Protest im Betrieb**
- 13. November: **Landesweite Kundgebung in Stuttgart**

Die Bezirksleitung und die Verwaltungsstellen sind aufgefordert, bis September hierzu eine Detailplanung vorzulegen. Diese hat mit zu berücksichtigen, dass alle Aktivitäten systematisch mit der Werbung neuer Mitglieder verbunden werden.